



Geld oder kein Geld, das ist hier die Frage ...

Bremische Haushaltsverhandlungen 2010-2011:
Fraktion die LINKE fordert mehr Geld für Bildung, Arbeit,
soziale Gerechtigkeit und Kultur!

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Zu den Verhandlungen um den Bremer Haushalt 2010–2011 hat die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft rund 60 Änderungsanträge eingebracht – die von den anderen Fraktionen einhellig abgelehnt worden sind. Unter der Hand wurde mitgeteilt, dass man sich für einen oder zwei kleine Änderungsanträge ja vielleicht hätte breitschlagen lassen – aber 60? Das wäre ja wohl absurd.

Der Linksfraktion ging es bei den 60 Anträgen darum, zu dokumentieren, wo es im beschlossenen Bremer Haushalt 2010 überall mangelt, zwickt und drückt. Und warum der rot-grüne Haushalt abgelehnt werden muss. Um die Leistungen Bremens auf das Niveau zu bringen, welches DIE LINKE für notwendig, angemessen und wünschenswert halten, müsste noch eine Menge Butter bei die Fische! Mit unseren Anträgen dokumentieren wir ganz konkret, wo, wieso und zu welchen Kosten zusätzliche Aufwendungen für Armutsbekämpfung, Bildung, Kultur, zur Förderung von MigrantInnen; für Gesundheit, Sport, Kinder und Frauen, für Umwelt und Stadtteolförderung dringend notwendig wären.

In der vorliegenden Broschüre möchten wir ...

1. unsere Anträge vorstellen (Seite 2);
2. aufzeigen, welche Verbesserungsmöglichkeiten im sozialen und kulturellen Leben unseres Landes diese Anträge eröffnet hätten (Seite 13);
3. andere Bereiche des Haushaltes aufzeigen, für die noch genügend Geld da ist (Seite 15);
4. zeigen, wie die finanzielle Misere Bremens durch das Steuerkonzept der LINKEN behoben werden könnte (Seite 17);
5. einen Ausblick auf die düstere finanzielle Zukunft Bremens unter der Knute der Schuldenbremse geben (Seite 19);
6. eine Modellrechnung des »sanierten« Haushalts 2020 präsentieren (Seite 22).

1. Anträge der LINKEN für den Haushalt 2010–2011

Basis unserer Anträge sind einerseits politische Vorhaben wie z. B. das Programm für öffentliche Beschäftigung, welches von der Linksfraktion und der AG Arbeitsmarktpolitik und prekäre Beschäftigung des Landesverbandes entwickelt worden ist. Andere Quellen sind Deputations- und Ausschuss-Unterlagen, Recherchen bei Verwaltungsstellen und natürlich die Haushaltsentwürfe selber, mit denen sich die Fraktion eingehend beschäftigt hat. Eine wichtige Grundlage für die Erstellung der Haushaltsanträge waren die **öffentlichen Haushaltsanhörungen**, zu denen gezielt Interessensverbände, ExpertInnen und Initiativen eingeladen wurden. Themenbereiche waren:

- a) Stadtentwicklung, Stadtteolförderung, Umwelt
- b) Arbeit und Frauen
- c) Kultur und Sport
- d) Wissenschaft, Bildung und Weiterbildung sowie
- e) Soziales, Migration, Kinder und Jugend

Auch wenn wir uns bei einigen Veranstaltungen noch mehr Zuspruch gewünscht hätten, waren die Diskussionen durchweg interessant und lehrreich. Außerdem gab es eine sehr positive Berichterstattung u. a. in der taz, während die anderen Fraktionen in der Bürgerschaft diese Aktion durchaus pikiert wahrgenommen haben.

In diesem Zusammenhang ist auch ein seltsamer Redebeitrag von Uta Kummer (SPD) während der Haushaltsverhandlungen anzuführen, in dem sie sich darüber mokierte, dass Agnes Alpers, unsere Bildungsdeputierte und inzwischen MdB, doch tatsächlich **Schulen angeschrieben** und diese gebeten hatte, ihren unerfüllten Bedarf an Lehr- und Lernmitteln zu spezifizieren. Scheinbar ist für die anderen Fraktionen die **Mangelausstattung unserer Schulen so gewohnt und unabänderlich**, dass es als albern empfunden wird, wenn man sich als kleine Fraktion direkt an die Schulleitungen wendet, um diesen Mangel besser fassen zu können.

Im Folgenden nun eine kurze Darstellung der einzelnen Anträge, die wir aus den verschiedenen Informationsquellen destilliert und eingereicht haben, und die (erwartungsgemäß) ausnahmslos mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt wurden.

Thematischer Überblick:

	Zusätzlich eingestellte Mittel 2010	Zusätzlich eingestellte Mittel 2011	Schätzung der durch die Mittel finanzierten Arbeitsplätze (2011)
DIE LINKE. Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft			
Öffentliche Beschäftigung	31.950.000	36.280.000	4.950
Hartz IV und Sozialhilfe	9.852.000	9.852.000	0
Stadtteil-Arbeit, freie Träger und Initiativen	3.794.388	3.794.388	35
Migrantinnen und Migranten	2.210.000	2.210.000	32
Bildung	19.711.000	29.836.000	747
Uni und Studierende	20.000.000	20.000.000	30
Kinder und Jugend	12.863.750	16.863.750	308
Sport	800.000	800.000	0
Umwelt	6.400.000	6.400.000	10
Kultur	2.948.080	3.042.980	120
Verwaltung	1.322.000	1.322.000	40
Krankenhaus-Investitionen	75.000.000	75.000.000	600
Gesamt	186.851.218	205.401.118	6.897

Die Anträge im Einzelnen:

1. Öffentliche Beschäftigung: + 36 Mio. Euro

Der Rückgang der im Haushalt verfügbaren Mittel für öffentliche Beschäftigung von 47 Mio. auf 40 Mio. Euro pro Jahr wird rückgängig gemacht (+ 7 Mio. Euro), das sichert ca. 250 Arbeitsplätze.

18 Mio. Euro würden zur Schaffung von 3000 neuen, armutsfest bezahlten Stellen unter Ausnutzung der staatlichen Kommunalkombi-Möglichkeit verwendet (diese ist allerdings Ende 2009 abgelaufen, ohne von Bremen in Anspruch genommen worden zu sein. Chance verpasst!).

3,25 Mio. Euro in 2010 bzw. 7,58 Mio. Euro in 2011 würden den Umbau von 1600 Ein-Euro-Jobs in armutsfest bezahlte Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante (AGH-E) und Beschäftigungszuschuss (BEZ) ermöglichen.

Schließlich haben wir für die quotierte Neueinstellung von 100 Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst 4,5 Mio. Euro beantragt. Zwar sollen diese bereits bevorzugt eingestellt werden, da aber die Behörden zunehmend weiter abgebaut werden, gibt es kaum Neueinstellungen im öffentlichen Dienst.

Zusammengenommen würden mit diesen überschaubaren Mitteln 4950 neue, armutsfest bezahlte (mindestens 1.500 Euro brutto) Jobs geschaffen.



2. Zusätzliche Mittel für Hartz IV und Sozialhilfe: + 9,85 Mio. Euro

Diese Mittel sind notwendig, um drohende **Kürzungen der Heizkosten** in den **»Kosten der Unterkunft«** zu vermeiden (+ 2,4 Mio. Euro) und zusätzliche Mittel zur Bereitstellung von Kauttionen vorzuhalten. Bei der Anmietung einer neuen Wohnung müssen fast immer Kauttionen gestellt werden, die Hartz-IV-EmpfängerInnen in aller Regel nicht aufbringen können. Schon dieses einfache Problem vermindert die Auswahl zu beziehender Wohnungen massiv und fördert damit die Ghetto-Bildung. Relativ geringe Mittel (+ 300.000 Euro) können hier eine merkliche Wirkung gegen die sozialräumliche Spaltung der Stadt entfalten.

Die bereitgestellten Mittel für **Obdachlose** sind im Vergleich zu den letzten Jahren massiv gekürzt worden – diese **Kürzungen sollen rückgängig gemacht** werden (+ 502.000 Euro).

Das neu zum Jahresbeginn eingeführte **»Sozialticket«** ist besser als gar nix, aber zufriedenstellend ist es nicht. Es sollte statt 29 Euro höchstens 15 Euro kosten, einen Kulturanteil enthalten, übertragbar sein und im Verbundgebiet nutzbar. Für Kinder sollte es noch günstiger oder frei sein. Für entsprechende Nachverhandlungen mit der BSAG haben wir + 3 Mio. Euro angesetzt.

Schließlich haben wir Einmalzahlungen für **Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften** in Form eines **Weihnachtsgeldes von 50 Euro/Bedarfsempfängerin** gefordert (+ 3,65 Mio. Euro). In vielen Kindergärten trauen sich die ErzieherInnen nicht mehr, nach den Weihnachtsferien das Thema **»Geschenke«** anzusprechen – weil es einfach zu viele Kinder gibt, die keine bekommen. Weihnachtsgeschenke und Weihnachtsfeiern sind unverzichtbarer Teil unserer Kultur und müssen auch dem Drittel aller Bremer Kinder zugänglich sein, deren Familien von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

3. Mittel für Stadtteilarbeit, freie Träger und Initiativen: + 3,9 Mio. Euro

In den **»Wohnen in Nachbarschaften«**-Projekten (**WiN**) wird hervorragende Arbeit zur Verringerung der sozialen Spaltung der Stadt geleistet. Eine Erhöhung der Mittel um 560.000 Euro ist gut angelegtes Geld und angesichts der fortschreitenden Verarmung und Segregation der armen Stadtteile Bremens dringend notwendig. Zugleich sollten die beiden bewährten WiN-Programme **»Schichten in Nachbarschaften«** und **»Elternlotsen«** in die Regelförderung übernommen werden (je 220.000 Euro).

Die **Kürzungen bei den freien Initiativen für Frauenprojekte und Frauen-Selbsthilfegruppen** sollen rückgängig und auf den Stand von 2007 gebracht werden (+ 62.000 Euro). Für die Beratung und den Schutz der **Opfer von**

Zwangsprostitution und Menschenhandel sollen 60.000 Euro neu im Haushalt eingestellt werden.

Ein großes Problem für Initiativen der Schuldnerberatung oder auch Drogenberatung ist, dass ihre Klienten häufig auch Beratungen zum Leben als Sozialhilfe-EmpfängerIn brauchen würden (**»Sozialberatung«**), dafür gibt es bislang aber keine Mittel. Wir haben dafür 500.000 Euro pro Jahr eingestellt.

Die Kürzungen bei der Grundfinanzierung der **Drogenhilfe** sind rückgängig zu machen (171.000 Euro/Jahr). Die in anderen Großstädten erfolgreich eingeführte **Heroin-Ambulanz** zur Versorgung von schwerstabhängigen Personen fordern wir auch für Bremen (150.000 Euro). Die **Bremer AIDS-Hilfe** ist die eingeführte Institution zur Beratung von AIDS-Kranken (z. B. Drogenkranken), wird aber im Gegensatz zur AIDS-Beratung des »Rat und Tat-Zentrums für Schwule und Lesben« bislang nicht direkt gefördert. Wir sehen keine Gründe für diese Ungleichbehandlung (+ 151.000 Euro). **AIDS-Kranke**, insbesondere ältere, benötigen intensivere Versorgung als bisher von der Stadt finanziert. Dafür haben wir 300.000 Euro angesetzt.

Schließlich sollen die **Stadtteilparlamente** und damit die direkte Demokratie vor Ort stärker gefördert werden als bisher: Wir setzen uns für eine Erhöhung der Globalmittel aller Ortsbeiräte um 1,5 Mio. Euro ein.

4. Menschen mit Migrationshintergrund: + 2,2 Mio. Euro

Im Gesundheitsamt ist ein hervorragendes Konzept zur Verbesserung der **gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund** entwickelt und vom Senat stolz präsentiert worden, dem allerdings jede finanzielle Unterfütterung fehlt. Mit 390.000 Euro für Stellen und Sachmittel wären diese Initiativen zumindest ansatzweise umzusetzen.

Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete sollen endlich die Möglichkeit erhalten, an **Integrations- und Deutschkursen** teilnehmen zu können (800.000 Euro). Die Leistungen für **unbegleitete Flüchtlinge im Kinder- und Jugendalter**, die in Wohnheimen untergebracht sind (ca. 40 in Bremen), sind kärglich. Diese Leistungen sollten zumindest äquivalent zur SGB VIII-Kinder und Jugendhilfe gestaltet werden (60.000 Euro).

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund leben in **multiplen Kulturen**, was eine Identitätsfindung schwieriger macht. Kulturelle Projekte wie z.B. das »Einwandererhaus Bremen« greifen dieses Themenfeld auf und können einen bedeutsamen soziokulturellen Beitrag zur zielgerichteten Bearbeitung

dieses Spannungsfeldes liefern. Hiervon halten wir mehr für nötig (+ 400.000 Euro).

Muttersprachlicher Unterricht (vor allem türkisch) soll von angestellten LehrerInnen erteilt werden, nicht mehr von Lehrkräften, die vom türkischen Konsulat bezahlt werden (560.000 Euro).

**HIER SIND WIR ZU HAUSE
BİZ BURDA EVİMİZ DEYİZ
ЗДЕСЬ МЫ ДОМА
QUI SIAMO A CASA
EM LI VIRA MALA XWE NE
وطننا هنا**

DIE LINKE.

5. Bildung: + 20 Mio. Euro in 2010, + 30 Mio. Euro in 2011

Bremen und Bremerhaven benötigen **mehr LehrerInnen** – wir setzen uns für mindestens 450 weitere Stellen ein. Dies ermöglicht insbesondere die Besetzung der Klasse 1 bis 6 in armen Stadtteilen mit zwei LehrerInnen, die eine individuellere Förderung gewährleisten. Desgleichen sollen von den zusätzlichen KollegInnen mehr Freistunden für Referendar-MentorInnen und KlassenlehrerInnen sowie Entlastungsstunden für ältere LehrerInnen gewährleistet werden. (16,875 Mio. Euro in 2011).

Die **ReferendarInnenstellen** sollen um 25 Prozent aufgestockt werden (1,75 Mio. Euro), für die **pädagogische Betreuung in Ganztagschulen** sollen 85 neue Stellen für nicht-unterrichtendes Personal eingerichtet werden (3,825 Mio. Euro).

Die **Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln** muss besser werden, hier ist Bremen bundesweites Schlusslicht (1 Mio. Euro). Die personelle **Ausstattung der Berufsschulen** insbesondere mit TechnikerInnen, Bürokräften und SozialarbeiterInnen muss besser werden, wir halten 50 zusätzliche MitarbeiterInnen für dringend notwendig (2 Mio. Euro).

Bremerhaven soll einen entsprechenden Anteil des Landesschwerpunktprogramms für Bildung erhalten, der bislang nur Bremen Stadt zugute kommt (3,9 Mio. Euro)

Wir setzen uns für zusätzliche Investitionen in zwei Quartiersbildungszentren ein, die von den Ortsbeiräten bereits befürwortet, deren Einrichtung aber noch nicht in Angriff genommen worden ist (724.000 Euro).

6. Universität und Studentenwerk: + 20 Mio. Euro

Mit diesen Mitteln soll eine Verbesserung des Lehrangebots und der Betreuungssituation der Studierenden und eine Umorientierung auf eine **integrative, studentenorientierte Universität** und entsprechende Hochschulen bewirkt werden. Ein Teil der Mittel soll für die Förderung der **Wissenschaft in gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung** eingesetzt werden. Die Honorare für studierende Hilfskräfte und Lehrbeauftragte sind zu erhöhen, es soll ein Fonds zur Überbrückung von Wartezeit zwischen Drittmittelaufträgen für die befristet angestellten WissenschaftlerInnen eingerichtet werden (18,3 Mio. Euro).

Schließlich fällt es dem **Studentenwerk** zunehmend schwerer, ohne zusätzliche finanzielle Mittel mit den Anforderungen der wachsenden Studierendenzahlen



Schritt zu halten. 1,7 Mio. Euro sollen für eine Verbesserung der studentischen Beratung, mehr Kindergartenplätze für StudentInnen und mehr günstigen studentischen Wohnraum eingesetzt werden.

7. Kinder und Jugend: + 12,7 Mio. Euro in 2010, + 16,7 Mio. Euro in 2011

Wir setzen uns für die obligatorische **2. Fachkraft** bei der Betreuung von Kindergruppen ein. Dazu wären insgesamt 400 neue ErzieherInnen notwendig, was mit 100 neuen Einstellungen pro Jahr zu verwirklichen wäre (4,5 Mio. Euro in 2010, 9 Mio. Euro in 2011).

Wir fordern zusätzliche Investitionen in die **Außenanlagen von Kitas** (1,3 Mio. Euro) und die Finanzierung eines kostenlosen pädagogischen **Frühstücks** (640.000 Euro). Außerdem ist die Entlohnung der Tagesmütter anzuheben (836.000 Euro). Wir setzen uns zudem für die Einstellung von 40 SozialpädagogInnen ein, die eine administrative und soziale Betreuung von sozio-ökonomisch benachteiligten Eltern bewerkstelligen.



Foto: © Marzanna Szymercz - Fotolia.com

Wir fordern zusätzliche Mittel für **Jugendfreizeitheim** (400.000 Euro) und eine Erhöhung der Mittel für außerschulische **Jugendbildung, Jugendverbandsarbeit** und -information (500.000 Euro). Die personelle Ausstattung für Amtsvormundschaften in Bremen bleibt weit hinter den Empfehlungen der Experten zurück, das sollte durch Einstellung von fünf weiteren Angestellten behoben werden (235.000 Euro). Schließlich sollen für **Bremerhaven** entsprechende Mittel bereitgestellt werden (2,55 Mio. Euro).

8. Sport: + 800.000 Euro

Sportvereine erfüllen eine wichtige gesundheitliche, soziale und gesellschaftspolitische Aufgabe für alle Bevölkerungsschichten und sollten darum in ausreichendem Maße gefördert werden. Laut Landessportbund fehlen den Vereinen in Bremen seit 2006 die Zuwendungen aus den Wettmitteln in Höhe von 800.000 Euro. Durch die fehlenden Mittel sind viele Vereine nicht mehr in der Lage, ihre Sportstätten und sanitären Anlagen im erforderlichen Maße zu sanieren sowie Sportgeräte anzuschaffen und zu reparieren.



9. Umwelt: + 6,4 Mio. Euro

Von diesen Mitteln soll Stadtgrün 900.000 Euro zur erweiterten Pflege von Anlagen, Bäumen und Spielplätzen bekommen. 5 Mio. Euro sollen für ein Programm zur energetischen Sanierung von Sozialwohnungen verwendet werden. 500.000 Euro haben wir für Umweltschutzprojekte und Gutachten zu ökologischen Fragestellungen vorgesehen.

10. Kultur: + 2,8 Mio. Euro

Die Förderung von freien Kultur-, Kunst- und Musikinitiativen mit Fördergeldern für Projektmittel und Finanzierungen für ABM-Stellen hat seit 2006 um 2 Mio. Euro abgenommen. Wir setzen uns in Form eines **kulturpolitischen Aktionsprogramms** für eine rückgängigmachung dieser »Abwachsung« ein. Zusätzlich werden die Mittel für **ABM-Stellen** im kulturellen Bereich um 500.000 Euro gekürzt. Diese Kürzung wollen wir ebenfalls rückgängig machen. Darüber hinaus haben wir einige kleinere Anträge mit einer Gesamtsumme von 150.000 Euro zur Unterstützung konkreter Kulturinitiativen (Filmbüro, Schnürschuh-Theater, Quartier e. V.) sowie auf 150.000 Euro für die Stadtbibliothek gestellt.

11. Verwaltung und Institutionen: + 1,3 Mio. Euro

Die **Stellenbesetzung im Finanzamt** ist, gemessen an den Bundesrichtlinien, besonders dürrftig. Wir unterstützen das Anliegen der Steuergewerkschaft – eine um 35 auf 75 erhöhte Anzahl von Auszubildenden für den Finanzdienst –, um dem Mangel entgegenzuwirken (800.000 Euro).

Wir unterstützen die Forderung des **Ressorts für Datenschutz** nach einer Einstellung von drei weiteren MitarbeiterInnen und einer Erhöhung der Sachmittel, um den gewachsenen Aufgaben des Ressorts wenigstens halbwegs nachkommen zu können (172.000 Euro).

Die Ausbildung für Stellen im öffentlichen Dienst wird durch eine ausgelagerte »Firma« der Stadt bewerkstelligt (ABiG), die den Auszubildenden nur 60 Prozent der Tarife einer Ausbildung im öffentlichen Dienst zahlt. Die Azubis sollten aber, wie auch von ver.di gefordert, die normalen Entlohnungen erhalten (350.000 Euro).

12. Krankenhausinvestitionen: + 75 Mio. Euro

Der dickste Posten zum Schluss: Bremen ist laut Verfassung für den Neubau und die Einrichtung von Krankenhäusern zuständig. Die rein dem Land gehörende Krankenhausgesellschaft Gesundheit Nord (GeNo) muss in den nächsten Jahren ca. 300 Mio. Euro für den Neubau des Klinikums Bremen-Mitte sowie u. a. zur Renovierung von Operationssälen ausgeben. Die hier eingestellten Mittel sind der Beitrag, den Bremen gemäß Bundes- und Landesverfassung jährlich einbringen muss – es aber nicht tut. Stattdessen trägt Bremen der GeNo auf, das Krankenhaus selbst, durch eine krasse Sparpolitik und mithilfe sehr an Wunschdenken erinnernden »Effizienzsteigerungsplänen«, über die Krankenkassenbeiträge zu finanzieren.



Foto: © Günter Havlena - pixelio.de

2. Was würde sich durch die von der LINKEN beantragten Mittel in Bremen und Bremerhaven ändern?



Foto: © Edgar Löhn - Fotolia.com

Insgesamt wird in unseren Anträgen eine ganze Menge Geld gefordert: rund 188 Mio. Euro für 2010, rund 205 Mio. Euro für 2011. Eine Erhöhung der gesamten Haushaltsausgaben um rund 5 Prozent, eine Erhöhung der neu aufzunehmenden Schulden um knapp 20 Prozent. Lohnt sich der Einsatz von solchen Mitteln? Unserer Ansicht nach – ja.

- Praktisch jeder der ca. 200.000 als arm geltenden Menschen im Land Bremen würde von den eingesetzten Mitteln an der einen oder anderen, häufig an mehreren Stellen, profitieren: Durch wesentlich mehr Beratungsmöglichkeiten, Kontakte, verbesserte Kinderbetreuung, eine viel höhere Chance auf eine arbeitsfest bezahlte Stelle in öffentlich geförderter Beschäftigung, verbessertes Sozialticket, angemessene Wohngeldzahlungen usw. Die Mittel würden die strukturellen Gründe für die Armut (insbesondere keine »Nachfrage« nach der Arbeitskraft) nicht abschaffen können – aber die konkrete Unterstützung wie

auch die Möglichkeiten zur Selbsthilfe, die Angebote an vernünftig bezahlter Arbeit würden merklich zunehmen.

- Zudem würden die Kinder von Familien, die unterstützende staatliche Transferleistungen erhalten, sowie Kinder mit Migrationshintergrund deutlich von den vorgenommenen Verbesserungen in Kitas, Schule und Jugendtreffs profitieren. Die eingesetzten Mittel wären geeignet, um die harten Gegensätze in der Schullaufbahn von armen und reichen Stadtteilen wirksam anzugleichen (mit weniger ist dies nicht zu erreichen!).
- Mittelbar würde eine viel größere Anzahl von MitbürgerInnen unseres Ländchens profitieren: von den breiteren Angeboten an Kultur, von einem vernünftig finanzierten Krankenhaus, welches sich seinen Neubau nicht vom laufenden Betrieb absparen muss, von der sozialen, ökologischen und stadtteilstützfördernden Arbeit, die mit den Mitteln der öffentlichen Beschäftigung geleistet werden kann. Die von uns geforderten Mittel in Höhe von fünf Prozent Mehrausgaben würden Bremen in vielerlei Hinsicht, für viele Personenkreise, zu einem besseren und attraktiveren Ort zum Wohnen, Arbeiten und Leben machen.

3. Möglichkeiten der Gegenfinanzierung durch Kürzung?

Bestimmt gibt es in Bremen noch die eine oder andere Ausgabenstelle, an der Geld verschwendet wird. Im Gegensatz zur »Dicke-Backen-Politik« des ehemaligen rot-schwarzen Senats mit seinen verschwenderischen Investitionen sind die heute aber nur noch schwer zu entdecken, insbesondere für eine kleine Oppositionspartei, die ihre Unter-der-Hand-Strippen zu den Verwaltungsstellen erst langsam und mühsam aufbauen muss. Insofern haben wir diesmal noch keine Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht. Gleichwohl gibt es eine **Reihe von Ausgabenbereichen, für die eine ganze Menge Geld** da ist, und bei denen man sich schon fragen kann, ob sie im Zweifelsfall wichtiger sind als die bitter notwendige Armutsbekämpfung:



Foto: © Ralf Kraft – Fotolia.com

- Bremen gibt dreimal so viel Landesmittel für Polarforschung aus wie für Beschäftigungspolitik.
- Bremen hat 700.000 Euro für einen Stand auf der Expo 2010 in Shanghai und 1,4 Mio. Euro für den Bau eines Tiefseeschiffes ausgegeben; gleichzeitig werden die Zuschüsse an die meisten Kulturzentren und Sozialinitiativen eingefroren, also real von Jahr zu Jahr gesenkt.
- Bremen gibt 46 Mio. Euro Landesmittel für Forschungsförderung aus, aber keinen Euro davon für Forschung zu Arbeit, Armut oder integrativer Stadtentwicklung.
- Aus dem eigentlich aufgelösten AIP (Anschluss-Investitionsprogramm) fließen neben Alttilgungen auch neue Investitionen in Höhe von 12 Mio. Euro (Landesmittel) für gewerbliche Erschließungen.
- Bremen bekommt ca. 20 Mio. Euro jährlich von der EU aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Förderung der regionalen Strukturentwicklung und Beschäftigung. Diese Mittel werden zu 90 Prozent für High-Tech-Investitionen verbrannt, die keine Arbeitsplätze schaffen, obwohl man das Geld genauso ausgeben könnte für Investitionen in lokale Ökonomie, Bekämpfung der sozialen und sozialräumlichen Spaltung, Förderung integrierter Stadtteilentwicklung usw. Auch dies ist eine Frage des politischen Willens und der sozialen Schieflage.

- Angesichts dieser Fehllenkung der Mittel ist es kein Wunder, dass Bremen 1,3 Mio. Euro Landesmittel für Künstliche Intelligenz ausgibt.
- Bremen gibt 2,6 Mio. Euro ans Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt, was auch im Sinne von Rüstungsforschung und »dual use« pikant ist.
- Das Institut für Werkstofftechnik wird jährlich mit 2,45 Mio. Euro gefördert. Während die Beschäftigungsträger sich mit einem hochkomplizierten Mix aus Geldern verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Verwendungsbedingungen herumschlagen müssen (= »teures« und gefährliches Geld), geht's bei der Forschungsförderung einfach aus den Landesmitteln (= »billiges« und sicheres Geld).
- Die Zuführungen aus dem Haushalt an das Sondervermögen Häfen werden sich in den nächsten Jahren verdoppeln, von 75 Mio. auf 141 Mio. Euro – Landesmittel, versteht sich. Die Ausgaben für Beschäftigungspolitik (ESF-Mittel im BAP) werden gegenüber 2008 nahezu halbiert, von 24 Mio. auf 13 Mio. Euro ab 2010. Während für den Hafen das Geld einfach da sein muss, ist für Arbeit keins da – eine Sache des politischen Willens.
- Ein Theater- oder Konzertbesuch wird mit 109 Euro bzw. 87 Euro subventioniert, eine Fahrt mit der BSAG mit 39 Cent. Bei einem durchschnittlichen Kartenpreis von 30 Euro (Theater Bremen) trägt die öffentliche Hand von den Realkosten (139 Euro) 78 Prozent, bei einem durchschnittlichen Fahrpreis von 1,85 Euro (bsag-Mehrfachticket) werden von den Realkosten (2,24 Euro) nur 17 Prozent öffentlich übernommen. Die Theater kosten 33 Mio. Zuschuss jährlich bei 217.000 Besuchen, die bsag erhält jährlich einen Verlustausgleich von 53 Mio. für 137 Millionen Fahrten.
- Würde das Theater Bremen in gleicher Höhe subventioniert wie die Shakespeare Company (27 Euro pro Karte), könnte man in jedem WiN-Gebiet 1,6 Mio. Euro für stadtteilorientierte soziokulturelle Projekte ausgeben. Für den gleichen Betrag, mit dem die Deutsche Kammerphilharmonie vom Landeshaushalt bezuschusst wird (4,1 Mio. Euro jährlich), könnte man 80 ordentlich bezahlte Stellen im regulären öffentlichen Dienst, z.B. für Stadtteilmanagement oder sozialräumliche Armutsbekämpfung, einrichten.

Diese Beispiele machen deutlich, dass es Haushaltsbereiche gibt, in denen ganz selbstverständlich Ausgaben in Größenordnungen getätigt werden, die in anderen Bereichen als astronomisch empfunden werden. Sie weisen deutlich auf eine soziale Schiefelage hin. Wobei es in erster Linie nicht darum geht, das eine durch das andere zu ersetzen, sondern klarzumachen: Für manches ist genug Geld da, für anderes unerklärlicherweise nicht.

4. »Unser Sanierungsvorschlag«: Das Bundes-Steuerkonzept der LINKEN



Foto: © sk_design - Fotolia.com

In der Bürgerschaftsdebatte zum Haushalt 2010 wurde selbstverständlich angeprangert, dass die Anträge der Linksfraktion eine Menge finanzielle Ausgaben im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich fordern, ohne zu sagen, wie diese finanziert werden sollen. Wir haben dagegen gehalten, dass die Bundespartei DIE LINKE ein ausgefeiltes und durchgerechnetes Steuerkonzept zur Entlastung der Staatskassen vertritt, welches durchaus als Gegenfinanzierung für die Bremer Finanzmisere *inklusive* unserer zusätzlichen Anträge taugt. Nach dieser Konzeption sollen **kleine Einkommen merklich entlastet** werden, für mittlere Einkommen ändert sich nicht viel.

Die sehr **Wohlhabenden, Reichen und Superreichen**, also die »oberen« zehn bis zwanzig Prozent der deutschen Bevölkerung, sollen dagegen **deutlich mehr zum Steueraufkommen** beitragen als bisher. Dazu dient eine Erhöhung des Einkommenssteuerspitzensatzes genauso wie die Reaktivierung der Vermögenssteuer und eine Anpassung der Erbschaftsteuer an international übliche Ausmaße. Zudem sollen die letzten Steuergeschenke an Unternehmen rückgängig gemacht und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Schließlich sollen Millionäre eine Millionärssteuer von fünf Prozent pro Jahr auf ihr Vermögen zahlen. Zusammen genommen würden diese Maßnahmen eine Erhöhung des Steueraufkommens von **160 Mrd. Euro pro Jahr** bewirken.

Für unser kleines Bundesland mit seiner absoluten finanziellen Notlage ist an dieser Konzeption besonders relevant, dass ein deutlicher Teil der vorausgesetzten Steuern Landessteuern oder zumindest Steuern sind, die sich das Land mit dem Bund teilt. Zudem ist für die Millionärssteuer im Steuerkonzept der LINKEN explizit der Zweck vorgesehen, dass sie zum Abbau der Schulden in Ländern und Kommunen verwendet wird. Eine vorsichtige Kalkulation des erhöhten Steueraufkommens in Bremen hat ergeben, dass unser Bundesland durch das Steuerkonzept der LINKEN **1 Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich** einnehmen würde. Ehrlich gesagt: Selbst damit könnte Bremen noch keine großen Sprünge machen. Aber immerhin könnte das Land auskömmlich wirtschaften und hätte etwas Freiraum bei der finanziellen Gestaltung seiner Politik und der Rückzahlung seiner Schulden gewonnen. Zum Beispiel unsere Änderungsanträge könnten davon finanziert werden.

Darf man das? Nun haben viele Leute dabei ein schlechtes Gefühl. **Die armen Reichen!** Muss man denen denn Geld wegnehmen? Ist doch irgendwie gemein! Außerdem müssen sie doch investieren und Arbeitsplätze schaffen! Wie sollen sie das hinbekommen, wenn man ihnen die Knete wegnimmt? Jetzt mal ehrlich: wenn *wir* die erste Million verdient hätten, dann wollten wir doch auch keine 5 Prozent Steuer drauf bezahlen. Die Chancen, dass dies passiert, sind jedoch gering. In Bremen gibt es knapp 550.000 Einwohner – und 118 Einkommens-Millionäre. Zusätzlich wird es einige Tausend Einwohner geben, deren Kapital 1 Million Euro (oder auch wesentlich mehr) wert ist. Abgesehen von einigen Werder-Profis, denen wir das Geld selbstverständlich von Herzen gönnen: Die **wichtigste Voraussetzung**, um in Deutschland **reich** zu werden, ist, **bereits reich zu sein**.

In den nächsten sechs Jahren wird in Deutschland Geld in der Höhe der gesamten Schulden des deutschen Staatswesens *vererbt*. Ein Beispiel: Der deutsche Staat ist mit 1,6 Billionen Euro verschuldet. Zweifellos eine gigantische Summe. Noch unsere Kinder und Kindeskiner werden bis ins siebte Glied darunter stöhnen! Allerdings gibt es auch Leute, denen diese Schulden *gehören*. Und sie werden ihre Schuldscheine bis ins siebte Glied vererben – zumindest, wenn wir nicht langsam die Steuern für Reiche erhöhen. Laut ver.di-Chef Frank Bsirske werden allein bis 2015 bundesweit ca. 1,5 Billionen Euro *vererbt* werden (Weser-Kurier vom 20. 9. 2009). In den nächsten sechs Jahren wird eine kleine Klasse von Leuten einen Betrag erben, der in etwa den gesamten Schulden Deutschlands entspricht! Die reichsten 10 Prozent besitzen 61 Prozent des gesamten deutschen Vermögens, die reichsten 0,5 Prozent noch 25 Prozent. Und Eigentum hat bekanntlich die Eigenschaft, ab einer gewissen Größe immer mehr zu wachsen, wenn man nicht gerade die falschen Finanzjongleure einstellt – das Schicksal von Madeleine Schickedanz ist eher eine Ausnahme.

Wichtig ist dabei: Es ist falsch, zu behaupten, dass die Schulden des Staatswesens und selbst die Bremer Überschuldung notwendigerweise zu Lasten unserer Kinder und Kindeskiner geht. Geld ist mehr als genug da. Die Frage ist nur, ob wir den Mut haben, es von denjenigen einzufordern, die es besitzen.

5. Aussichten: Die Schuldenbremse ist für Bremen nicht legal umsetzbar

Wenig bekannt ist, dass Bremen nach Hamburg das Bundesland mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik ist. 2008 wurden in Bremen Werte von 27 Mrd. Euro geschaffen. In Bremen gibt es pro Kopf besonders viele Einkommensmillionäre und vermögende Einwohner. Trotzdem ist Bremen chronisch unterfinanziert. Die Einnahmen des Landes Bremen betragen inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen in guten Jahren wie 2008 um die 3,6 Mrd. Euro, in schlechten Jahren wie 2010 nur 3,15 Mrd. Euro. Die Ausgaben betragen in den letzten Jahren stets um die 4 Mrd. Euro. Das heißt, jedes Jahr wachsen die Schulden Bremens zwischen 400 und 900 Mio. Euro. Für dieses Missverhältnis gibt es eine Reihe von Gründen:

- Bremens »Speckgürtel« der umliegenden kleinen Dörfer und Städte, in denen sich viele gutsituierte Familien niederlassen und ihre Einkommenssteuer zahlen, liegt in Niedersachsen.
- Bremen finanziert die Häfen und die Universität – Infrastrukturausgaben, die den Landeshaushalt überproportional belasten.
- Bremen und Bremerhaven leiden am Strukturwandel – das Wegbrechen der Werftindustrie, die augenblickliche Krise der Häfen hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit im industriellen Bereich und damit zu zunehmender Armut vieler Einwohner Bremens und, in besonders starkem Maße, Bremerhavens geführt. Dies wiederum erhöht die Kosten der gesetzlich vorgeschriebenen Sozialhilfeleistungen.
- Der Versuch der Bremer rot-schwarzen Koalition, einen Strukturwandel durch massive Förderung von Informationstechnologie und Forschung hinzubekommen, hat die Arbeitsplatzverluste gerade im industriellen Bereich nicht ausgleichen können (ganz abgesehen von schiefgegangenen Vorzeigeprojekten wie dem Space Park). Auch die Einnahmen Bremens sind nicht nennenswert gewachsen; die **Schulden** haben jedoch massiv zugenommen: von ca. 8 Mrd. Euro in 2000 auf **über 16 Mrd. Euro in 2010**.
- Seit 2000 sind von der rot-grünen und großen Koalition im Bund die Steuereinnahmen u. a. für Gutverdienende und Firmen drastisch gesenkt worden. Damit ist das Steueraufkommen Bremens um mehrere hundert Millionen Euro gesenkt worden. Allein die letzten Steuererleichterungen im Rahmen der Konjunkturprogramme 2008–2009 (übrigens mit Zustimmung der rot-grünen Bremer VertreterInnen im Bundesrat) senken Bremens Steuereinnahmen in Zukunft um ca. 140 Mio. Euro/Jahr.
- Die **Zinszahlungen** für die angehäuften Schulden selbst betragen inzwischen ca. 650 Mio. Euro/Jahr – Bremen ist in der Schuldenfalle: Allein zur Deckung der Schuldzinsen müssen jedes Jahr neue Schulden gemacht werden.



Foto: Michael Horn

Eine Stadt am Rande des Nervenzusammenbruchs: Seit 1994 werden die Bremer Finanzen »saniert«, das heißt, auf der Ausgabenseite zusammengestrichen. Seit dieser Zeit sind die konsumtiven Primärausgaben ohne Sozialausgaben und die Ausgaben für Angestellte und Beamte von Stadt und Land etwa gleich geblieben – inflationsbereinigt also um mindestens ein Viertel gesunken. Das merkt man überall – an den eingesparten Ortsämtern, an den gestiegenen Gebühren, den überlasteten SachbearbeiterInnen in der Verwaltung, an den seit zehn Jahren nicht erhöhten Entgelten für DozentInnen der Volkshochschule, an den schlechten Ausrüstungen der Schulen mit Sachmitteln und Schulbüchern, an den Straßen ... Der Investitionsstau wurde drastisch sichtbar, als für das Bremer Konjunkturpaket II (130 Mio. Euro) Investitionen aus den Ressorts angefragt und in kürzester Zeit sofort umsetzbare Investitionsbedarfe in Höhe von 900 Mio. Euro angemeldet wurden. Die Infrastruktur Bremens zehrt von der Substanz. Die Besoldung der Bremer BeamtInnen ist mehrere hundert Euro niedriger als im niedersächsischen Umland – es wird zunehmend schwerer, z. B. LehrerInnen für Bremen zu finden. Und das, obwohl in den nächsten Jahren ein Viertel aller Bremer LehrerInnen in Pension gehen. Es kracht an vielen Ecken und Enden – wenn dann noch irgendwas Unvorhergesehenes geschieht, ist die

Katastrophe da. So wie im Fall Kevin, bei den katastrophalen Zuständen der Ausländerbehörde 2008 oder dem zeitweiligen Zusammenbruch jeder geregelten Tätigkeit im Sterbeamt.

Und jetzt: Schuldenbremse und Sanierungspfad. Durch die Grundgesetz-Änderung zur Schuldenbremse, die Bremen aktiv mitgetragen hat, erhält Bremen zwar von 2011–2019 wieder zusätzliche »Konsolidierungshilfen« in Höhe von 300 Mio. Euro jährlich. Diese dürfen jedoch nur in den Schuldendienst fließen. Im Gegenzug muss Bremen aus eigener Kraft sein Finanzloch schließen: Es darf ab 2020 keine Schulden mehr aufnehmen, um seine Ausgaben zu decken, und muss bis dahin sein laufendes Defizit schrittweise verringern.

Ohne eine grundlegende Veränderung auf Bundesebene im Sinne höherer Steuereinnahmen ist dies praktisch unmöglich. Die Zustimmung zur Schuldenbremse war die letzte neoliberale Todsünde der Bundes-SPD vor ihrem Abtritt von der Macht. Auch Bremens rot-grüner Senat hat im Bundesrat für die Schuldenbremse gestimmt. Dem Antrag der LINKEN, sich gegen die Schuldenbremse zu stellen, wollte keine andere der Bremer Fraktionen folgen.

Wenn der Senat die Schuldenbremse so umsetzt, wie sie beschlossen wurde, dann sind ab 2011 Kürzungen in einem bislang unvorstellbaren Ausmaß zu erwarten. Es lässt sich abschätzen, dass Bremen seine Ausgaben bis 2020 auf etwa 75 Prozent des heutigen Niveaus herunterschrauben müsste, um dann auch seine (inzwischen weiter gestiegenen) Schulden aus den Einnahmen bezahlen zu können. (Eine Modellrechnung dieses »Sanierungspfades« findet sich im folgenden Abschnitt 6). Bremen steht damit vor der gleichen Situation wie viele andere Städte und Kommunen in Deutschland: Jede Ausgabe, die nicht gesetzlich verpflichtet ist, steht auf der roten Liste der vom Aussterben bedrohten Leistungen. Das ist jede Ausgabe für Kultur, Sport, Bäder, Bibliotheken, Volkshochschulen, Leistungen an freie Träger, Bürgerservice, soziale Unterstützungsleistungen, Schule, Forschung u. v. m. Insofern sind wir in Bremen auch nicht allein mit dieser Situation.

Es wird aller Voraussicht nach in vielen Städten und Kommunen im Laufe des kommenden Jahres ein Abbau des kommunalen Sozialwesens beginnen, der ohne Vergleich ist. Und der sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern vor Augen führen wird, was sie verlieren, wenn der Staat nicht die Mittel bekommt, die er benötigt, um die Aufgaben des Gemeinwesens vernünftig zu erledigen. Wir können es uns nicht länger leisten, dass sich die Vermögenden aus der Finanzierung des Gemeinwesens vornehm zurückziehen.

6. Modellrechnung »Sanierung 2020«

Abschließend soll einmal anhand eines konkreten Zahlenbeispiels durchgerechnet werden, welche Mittel Bremen in 2020 unter Gültigkeit der »Schuldenbremse« noch zur Verfügung stehen. Als Ausgangssituation dienen die Defizite des Haushalt Bremen (Land und Stadtgemeinde) in 2010:

Ausgaben	4.080 Mio. Euro
Einnahmen	3.150 Mio. Euro
Defizit	930 Mio. Euro

Dieses Defizit muss laut grundgesetzlich verankerter Schuldenbremse 2020 restlos abgebaut sein. Die Bundesländer dürfen ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Die folgende Modellrechnung soll verdeutlichen, was dies unter Hinzunahme einiger realistischer Annahmen für den Bremer Finanzrahmen bedeuten würde.

Grundannahme 1: Die jährlichen Einnahmeerhöhungen durch Wirtschaftswachstum bis 2020 entsprechen wie in den letzten Jahren etwa der Inflation (Preissteigerung und Tariferhöhungen).

Grundannahme 2: Die Einnahmen 2010 sind aufgrund der Wirtschaftskrise besonders gering. Im Durchschnitt liegen die jährlichen Einnahmen in Zukunft etwas höher, zum Beispiel (in der Kaufkraft von 2010) um 330 Mio. Euro über den 3,15 Mrd. Euro von 2010.

Das bedeutet: Wenn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung diesen Annahmen folgt, dann verfügt das Land Bremen 2020 über Einnahmen mit einer heutigen Kaufkraft von **3,48 Mrd. Euro**. Da ab 2020 die Aufnahme neuer Schulden **grundgesetzlich verboten** ist, kann es auch nicht mehr als diese 3,48 Mrd. Euro ausgeben. Im Vergleich zu heute (4,08 Mrd. Euro) muss der Haushalt 2020 um eine Kaufkraft von 600 Mio. Euro reduziert werden, also um ca. 15 Prozent. Damit stehen dem Land Bremen noch **85 Prozent des heutigen Haushalts** zur Verfügung.

Zinsentwicklung: Zu berücksichtigen ist aber, dass sich bis 2020 trotz Zinsbeihilfen die **Schulden** des Landes Bremen nicht verringern, sie werden nur langsamer steigen. Von 16,5 Mrd. Euro in 2010 auf ca. 20 Mrd. Euro in 2020. Auf diese 20 Mrd. Euro wird Bremen ca. 144 Mio. Euro **mehr** Zinsen zu zahlen haben als auf die 16,5 Mrd. Euro in 2010, nämlich ca. **800 Mio. Euro** statt 656 Mio. Euro heute.

Grundannahme 3: Diese Berechnung gilt jedoch nur, wenn die Zinsen weiterhin so niedrig bleiben wie zur Zeit – sonst wäre die Zinslast noch deutlich höher.

Diese 800 Mio. Euro fehlen im restlichen Haushalt: für alle anderen Ausgaben bleiben (3,48 Mrd. Euro – 800 Mio. Euro =) 2,65 Mrd. Euro übrig. Zur Zeit (2010) sind dies noch 3,4 Mrd. Euro. Die Kaufkraft der Mittel, die dem Land Bremen 2020 für alle Ausgaben neben dem Zinsdienst zur Verfügung steht, beträgt also nur **78 Prozent des heutigen Haushalts**.

Fazit: Um eine Reduzierung des Haushaltsdefizits von 930 Mio. 2010 auf Null in 2020 zu erreichen, ist nach dieser Modellrechnung eine reale Ausgabenkürzung über alle Bereiche (außer den Zinsen) von ca. 22 Prozent notwendig.

Da stellt sich die Frage, *kann* man die sonstigen Ausgaben um 22 Prozent linear kürzen?

Investive Ausgaben: Die sollen 2010 423 Mio. Euro betragen. Um 22 Prozent gekürzt bleiben 2020 noch ca. 330 Mio. Euro. Es ist denkbar, dass die langfristigen Verpflichtungen, die noch zu Zeiten der großen Koalition eingegangen wurden, in einer Weise auslaufen, die eine solche Kürzung zumindest theoretisch möglich machen. Ausgesprochen fraglich ist jedoch, ob dieser Betrag ausreicht, um die öffentliche Infrastruktur langfristig zu erhalten und sonstige notwendige Investitionen zu tätigen.

Beispiel Sozialleistungsausgaben. Dafür sind 2010 612 Mio. eingeplant, das ist schon optimistisch geschätzt. Um 22 Prozent gesenkt stünden 2020 noch knapp 480 Mio. Euro zur Verfügung. Eine derartige Verringerung ist ohne einen massiven Abbau von Sozialleistungen kaum vorstellbar. Andererseits sind die Sozialleistungen in der Höhe bundesgesetzlich festgelegt und damit von Bremen kaum gestaltbar.

Grundannahme 4: Für die Modellrechnung wollen wir annehmen, dass in den nächsten Jahren bei einer positiven Wirtschaftsentwicklung die Sozialleistungen auf die Höhe des wirtschaftlichen Boomjahres 2008 zurückgehen. Dort mussten ca. 550 Mio. Euro aufgebracht werden. Es ergibt sich folgender Zwischenstand:

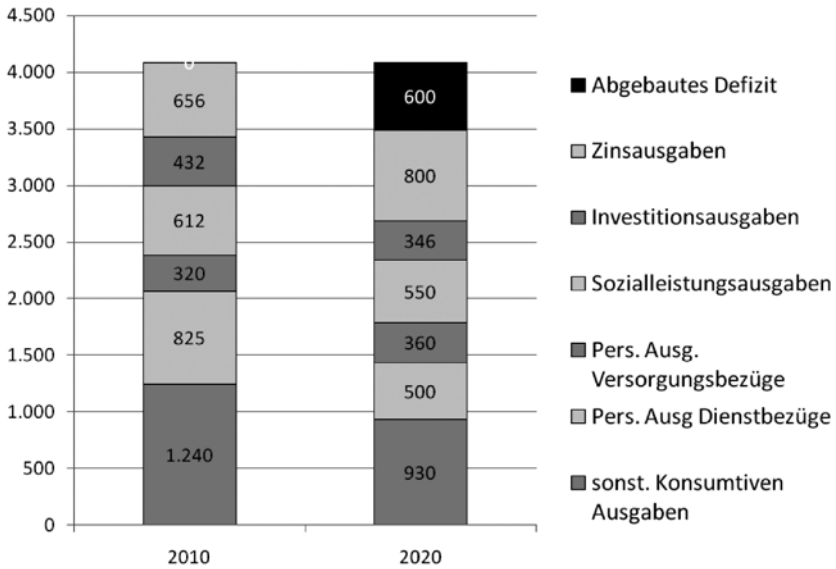
Zulässige Ausgaben 2020 (ohne Zinsen)	2.650 Mio. Euro
Investive Ausgaben	330 Mio. Euro
Sozialleistungsausgaben	550 Mio. Euro
Bleibt übrig:	1.770 Mio. Euro

Nach Abzug von investiven Ausgaben und Sozialleistungsausgaben bleiben 1,77 Mrd. Euro für **Personalausgaben** und die **sonstigen konsumtiven Ausgaben**. Das sind nur noch **75 Prozent der Ausgaben von 2010**. Personalausgaben und sonstige konsumtiven Ausgaben müssen also um **25 Prozent** gesenkt werden.

Personalausgaben und Versorgungsbezüge. Was muss man tun, um die Personalausgaben bis 2020 um 25 Prozent, also von 1,15 Mrd. Euro auf 860 Mio. Euro zu senken? Laut Personalcontrolling-Bericht 2009 sind in den Personalausgaben 2010 ca. 320 Mio. Euro Versorgungsbezüge enthalten. Dieser Anteil lässt sich nicht verringern, im Gegenteil, er **erhöht** sich bis zum Jahr 2020 auf **ca. 360 Mio. Euro**. Da bleiben im Jahr 2020 für die **Dienstbezüge** der von Bremen tatsächlich beschäftigten Angestellten und BeamtInnen nur noch (860 Mio. Euro – 360 Mio. Euro =) 500 Mio. Euro übrig. Das sind **60 Prozent** der Dienstbezüge und damit **60 Prozent der Stellen** von heute. Allein in der Kernverwaltung müsste bis 2020 eine Stellenreduzierung von 5.500 Arbeitsplätzen durchgeführt werden, damit die Personalausgaben insgesamt um 25 Prozent sinken!

Sonstige konsumtive Ausgaben. Die sonstigen konsumtiven Ausgaben (u. a. Ausstattung von Schulen und Kindergärten, Kultur, etc.) werden bei einer Kürzungsquote von 25 Prozent von 1,24 Mrd. auf 930 Mio. Euro gesenkt werden müssen. Das sind ca. 310 Mio. Euro weniger. Diese Summe entspricht z. B. dem Dreieinhalbfachen des kompletten Kulturretats mit allen Theatern, Orchestern, Volkshochschulen und Bürgerhäusern.

Überblick der Modellrechnung



Diese Modellrechnung beruht auf einer Reihe von Annahmen, die so nicht eintreffen müssen. Diese Annahmen sind jedoch nach unserem Verständnis eher zu optimistisch als zu pessimistisch. Nach Lage der Dinge muss man befürchten, dass die tatsächliche Entwicklung von Wirtschaft, Einnahmen des Gemeinwesens, Entwicklung von Zinsen und sozialer Spaltung mit den entsprechenden Sozialausgaben in einer Art und Weise vonstatten gehen wird, die die finanzielle Bredouille Bremens noch wesentlich tiefer werden lassen kann.

Hier ist DIE LINKE:

Fraktionsgeschäftsstelle Bremen

Tiefer 8, 28195 Bremen
Telefon 0421 205297-0
Telefax 0421 205297-10
mail@linksfraktion-bremen.de
www.linksfraktion-bremen.de

Fraktionsbüro Bremerhaven

Borriesstraße 19
27570 Bremerhaven
Telefon 0471 958615-00
Telefax 0471 958615-15
bremerhaven@linksfraktion-remen.de

Abgeordnetenbüro Nord

Alte Hafensstraße 39, 28757 Bremen
Telefon 0421 6392513
red-lounge@linksfraktion-bremen.de

Abgeordnetenbüro West

Gröpelinger Heerstraße 120, 28237 Bremen
Telefon 0421 2787349
linkstreff-west@linksfraktion-bremen.de

Abgeordnetenbüro Links der Weser

Buntentorsteinweg 109, 28201 Bremen
Telefon 0421 8492655
linkstreff-ldw@linksfraktion-bremen.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zu Parteienwerbung und Wahlkampfzwecken verwendet werden.

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen
Telefon 0421 205297-0
Telefax 0421 205297-10

mail@linksfraktion-bremen.de
www.linksfraktion-bremen.de
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt

www.linksfraktion-bremen.de